

# Wer springt in die Bresche?

Soziale Institutionen Wer sich vornehmlich um Randständige kümmert, ist von Stadt zu Stadt unterschiedlich. In Bern spielt die Kirche eine wichtige Rolle, während sich in Basel Stiftungen und Private engagieren. In Zürich betreibt die Stadt wichtige Anlaufstellen.

TEXT **SAMANTA SIEGFRIED** FOTOS **RUBEN HOLLINGER**

Die Erinnerungen an die offene Drogenszene der Schweiz in den Achtzigerjahren rufen vor allem Bilder der Verelendung hervor. Wegschauen war irgendwann nicht mehr möglich, der Druck zu handeln enorm. So stellten in Basel Vereine und Stiftungen niederschwellige Angebote zur Verfügung, in Bern reagierten vor allem die Kirchen, und in Zürich – Hotspot des Schweizer Drogendramas – setzte sich die Stadt auf Druck der Bevölkerung mit eigenen Institutionen ein. Blickt man heute auf die Finanzierungsmodelle von sozialen Einrichtungen, zeigt sich noch immer ein ähnliches Bild. Zwar sind Private, Kirchen wie auch der Staat aktiv, aber jeweils mit unterschiedlicher Gewichtung.

Da ist zum Beispiel der Verein für Gasensarbeit Schwarzer Peter in Basel. Das grosse Zittern komme meistens im Herbst, sagt Co-Geschäftsleiter Michel Steiner. Wird das Budget reichen bis Ende Dezember? Steiner ist seit bald zehn Jahren beim Verein tätig, sein Ressort ist die Mittelbeschaffung. «In den letzten Jahren kamen wir meist gerade so raus.» Dabei ist der Verein in einer vergleichsweise komfortablen Situation. Mit 270 000 Franken erhält er von der Stadt Basel einen der höchsten Staatsbeiträge, welche die Sozialhilfe auszahlt. Die Sozialhilfe des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt Basel-

Stadt (WSU) unterstützt soziale Einrichtungen mit Staatsbeiträgen von aktuell rund 1,2 Millionen Franken. Wer das Recht auf solche Beiträge hat, regelt das Staatsbeitragsgesetz des Kantons. Zusätzlich fordert die Sozialhilfe bei zahlreichen Organisationen im Rahmen von Leistungsvereinbarungen Dienstleistungen ein, die nicht in dem Budget enthalten sind.

Dass sich der Schwarze Peter seit vielen Jahren auf staatliche Unterstützung verlassen kann, hat auch mit der Geschichte des Vereins zu tun. Die Gründer gehörten 1983 zu den Ersten, die sich der Abhängigen der offenen Drogenszene der Stadt annahmen und saubere Spritzen verteilten. Bis heute stellt der Verein eines der wichtigsten niederschweligen Angebote für Menschen dar, die aus unterschiedlichen Gründen am Rand der Gesellschaft leben.

Die staatlichen Gelder sind nicht die einzige Quelle, die die soziale Grundversorgung von Basel decken. Seit jeher vom Mäzenatentum geprägt, besitzt die Stadt mit über 800 die höchste Stiftungsdichte des Landes und eine etablierte Gruppe von privaten Geldgebern. Beim Schwarzen Peter machen Stiftungsgelder rund die Hälfte des Jahresbudgets aus. Wichtige Unterstützer sind die Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel (GGG) und die

Christoph Merian Stiftung (CMS). Getreu ihrem Stiftungszweck, sich für die «Linderung der Noth und des Unglücks» einzusetzen, stellt allein die CMS jährlich rund fünf Millionen Franken für soziale Projekte zur Verfügung – und entlastet damit den Kantonshaushalt.

## Rolle von Staat und Stiftung

«Dank der Unterstützung von Stiftungen besteht in Basel ein derart umfassendes Angebot für sozial benachteiligte Menschen», sagt der Leiter der Sozialhilfe Basel-Stadt, Rudolf Illes. «Sie können dort einspringen, wo dem Kanton ein gesetzlicher Auftrag fehlt.» Die Stadt hat mit einer relativ hohen Sozialhilfequote von 6,7 Prozent durchaus einen Bedarf an Anlaufstellen für Menschen in Schwierigkeiten. In Bern ist die Quote mit 5,1 Prozent etwas niedriger, in Zürich liegt sie bei 4,6 Prozent. Einer der Gründe für die Unterschiede ist laut Illes, dass Basel einen kleineren lokalen Arbeitsmarkt hat.

Bereits in den Achtzigerjahren waren es in Basel Private, die als Erstes die Initiative für die Abhängigen der offenen Drogenszene ergriffen. Bis heute haben Stiftungen laut Illes schnellere und unbürokratischere Möglichkeiten, neue Projekte zu lancieren. Aus diesem Grund wurde in den letzten zwei Jahren die Zusammenarbeit mit der

Eröffnet wurde der Aufenthaltsraum Postgasse 35 als Schreibstube für Arbeitslose. Nun gibts hier Wärme für alle.

**«Die Drogenabhängigen vertrauten der Kirche mehr als dem Staat, der mehrheitlich repressiv gegen sie vorging.»**

BARBARA KLÄSI, GESCHÄFTSFÜHRERIN  
KIRCHLICHE GASSENARBEIT BERN





Im Berner «Casa Marcello»  
sind auch Randständige  
willkommen. Wer etwas trinkt,  
darf bleiben, solange er will.

# «Uns ist es nicht wohl dabei, in die Lücke zu springen. Aber wir haben das Glück, dass wir es noch können.»

KARL JOHANNES RECHSTEINER,  
SPRECHER RÖMISCH-KATHOLISCHE  
GESAMTKIRCHGEMEINDE BERN

CMS systematisch ausgebaut. «Wir kamen zu dem Schluss, dass es eine klare Rollen- teilung von Staat und Stiftung braucht», sagt auch Fleur Jaccard, Leiterin der Abtei- lung für Soziales der CMS. Dafür hat die Stiftung im Rahmen einer Bedarfsanalyse städtische Verwaltungen und Trägerschaf- ten gefragt: Wo ist der Handlungsbedarf am grössten? Wo gibt es Lücken? «Neben den bereits geförderten Langzeitprojekten wollen wir auch Pilotprojekte anschieben, um Erfahrungen zu ermöglichen», sagt Jaccard. Nach einer ersten Phase wird das Projekt evaluiert und zusammen mit der städtischen Verwaltung geprüft. Ist es wir- kungsvoll, entspricht es einem allgemei- nen Bedarf in der Bevölkerung? Erst da- nach entscheidet sich, ob und von welcher Seite eine weitere Finanzierung sinnvoll ist. «Wir verfolgen beide – Stadt und Stif- tung – das Ziel, soziale Probleme anzuge- hen», sagt Jaccard. «Daher müssen wir auch gemeinsam daran arbeiten.»

## **Spart die Regierung, zahlt die Kirche**

Was der Verein Schwarzer Peter in Basel leistet, übernimmt in Bern vornehmlich die Kirchliche Gassenarbeit. Gegründet wurde der Verein 1984 in einer Zeit, als auch hier die offene Drogenszene das Stadtbild prägte. «Die Betroffenen vertrau- ten der Kirche mehr als dem Staat, der

mehrheitlich repressiv gegen sie vorging», sagt Geschäftsführerin Barbara Kläsi. Der Verein finanziert sich ausschliesslich aus Beiträgen der römisch-katholischen sowie der evangelischen Gesamtkirchengemei- den Bern. Auch die meisten anderen nieder- schweligen Angebote für Randständige werden in Bern von der Kirche unterstützt, einige werden direkt von der Arbeitsge- meinschaft christlicher Kirchen der Region Bern (AKIB) geführt.

Im Anbetracht der aktuellen Sparpläne des Berner Regierungsrates von langfristig 185 Millionen Franken, die auch den sozi- alen Bereich betreffen, wird sich das vor- erst nicht ändern. Gekürzt werden etwa die Staatsbeiträge an Behinderteninsti- tutionen oder die Betreuungskosten von pflegebedürftigen Menschen. Die Sozial- hilfe wird um acht Prozent zusammenge- strichen. Darüber ärgert sich Karl Johannes Rechsteiner, Sprecher der römisch-katho- lischen Gesamtkirchengemeinde Bern und Umgebung. «In Wahrheit werden nur wie- der andere die Arbeit übernehmen», sagt er und meint damit auch die Kirche.

In 13 Pfarreien führt die römisch-katho- lische Gesamtkirchengemeinde auf eigene Rechnung einen Sozialdienst. Nun will sie ab 2018 ihr soziales Engagement noch ver- stärken. So sollen künftig 15 Prozent statt wie bisher 12 Prozent aller Steuer- und

Mieteinnahmen in die Diakonie fliessen. Allein die Kasse der Fachstelle Sozialarbeit für die Einzelfallhilfe werde von 86 000 auf 300 000 Franken aufgestockt. «Uns ist es nicht wohl dabei, in die Lücke zu sprin- gen», so Rechsteiner, «aber wir haben das Glück, dass wir es noch können.» Weil die römisch-katholische Kirche eine Migrati- onskirche ist – mehr als 40 Prozent der Mitglieder sind keine Schweizer Bürger –, profitiert sie im Gegensatz zu anderen Kirchengemeinden von steigenden Mitglie- derzahlen. So sind es letzten Endes also auch gläubige Migrantinnen und Migran- ten, die mit ihren Beiträgen die sozialen Angebote in Bern mitfinanzieren.

## **Niederschwellige kirchliche Stellen**

«Wir sind sehr dankbar für die Unter- stützung der Kirche», sagt Peter Kobi vom Sozialamt der Stadtberner Direktion für Bildung, Soziales und Sport. «Unsere zeit- lichen und finanziellen Ressourcen sind beschränkt. Dagegen haben die kirchlichen Stellen einen grösseren Spielraum und können auch Menschen unterstützen, die nicht offiziell in Bern gemeldet sind.» Das Sozialamt unterhält aktuell Leistungsver- einbarungen mit sozialen Einrichtungen in der Höhe von jährlich rund 3,3 Millio- nen Franken, vor allem im Wohn- und Ob- dachlosenbereich. Nicht darin enthalten

**«Unsere zeitlichen und finanziellen Ressourcen sind beschränkt. Die kirchlichen Stellen haben einen grösseren Spielraum.»**

PETER KOBI, SOZIALAMT DER DIREKTION FÜR BILDUNG, SOZIALES UND SPORT BERN

Das Bier von unten finanziert die Betten von oben: Im ersten Stock ist die Bar «Dead End», im zweiten der «Sleeper».



sind einige private Institutionen, die einen Leistungsvertrag mit dem Kanton Bern haben. Zweimal im Jahr findet ein Treffen mit den Berner Kirchen (AKIB) unter Teilnahme des Sozialamtes statt, um sich über die aktuelle Situation und den Bedarf in der Stadt Bern auszutauschen.

Barbara Kläsi von der Kirchlichen Gassenarbeit glaubt, dass bis heute das Vertrauen der Menschen in den kirchlichen Verein grösser ist, als wenn es sich um eine staatliche Anlaufstelle handeln würde. «Wir arbeiten niederschwellig und erfassen keine Daten, das ist vielen Betroffenen extrem wichtig.» Finanziert ist der Verein von der Kirche, aber in der Arbeit auf der Gasse spielt es keine Rolle, ob einer gläubig ist oder nicht. «Kirchlich ist bei uns nur der Gedanke der Nächstenliebe», sagt Barbara Kläsi. Die Religion spiele im Alltag in den wenigsten Fällen eine Rolle und halte die Bedürftigen auch nicht etwa davon ab, die Anlaufstelle aufzusuchen.

### **Mehr Menschen mit Problemen**

Auch in Zürich hat der Umgang mit der offenen Drogenszene den Grundstein für die Förderung sozialer Einrichtungen gelegt. Im Jahr 1990 markierte die Annahme der Volksabstimmung «Sozialhilfe an Suchtmittelabhängige, psychisch Behinderte und sozial Auffällige in Not» die offi-

zielle Wende der städtischen Drogenpolitik und führte dazu, dass provisorisch aufgebaute Angebote von der Stadt institutionalisiert wurden.

Dazu gehörte das begleitete Wohnen, ein ambulant betreutes Angebot für desintegrierte und von Suchtmitteln abhängige Erwachsene. Bis heute bildet es eine zentrale städtische Einrichtung für Menschen, die nicht in der Lage sind, ihren Wohnalltag alleine zu meistern. Hinzu kamen mit den Jahren Angebote wie die Familienherberge, das betreute Wohnen City oder die Nachtpension. Sie alle werden heute unter dem Bereich Wohnen und Obdach vom Sozialdepartement Zürich betrieben und von der Stadt mit 20 Millionen Franken finanziert.

«Die Stadt betreibt bewusst eigene Angebote, insbesondere um in diesen Bereichen eigenes Know-how aufzubauen», sagt Heike Isselhorst, Sprecherin des Sozialdepartements. Dazu kommen zahlreiche Leistungsvereinbarungen mit privaten Institutionen. Im Bereich soziale Integration beliefen sich diese Subventionen 2016 auf rund 10,5 Millionen Franken, inklusive zur Verfügung gestellte Räume. «Vor allem bei Angeboten, die eine grosse lokale Nähe benötigen, macht es Sinn, die Dienstleistungen zu subventionieren anstatt parallel eigene Betriebe aufzubauen»,

erläutert Isselhorst. Natürlich würde auch in Zürich ohne die privat betriebenen Angebote eine Lücke klaffen. So sind etwa die Sozialwerke der Stiftung Sieber seit jeher eine wichtige Anlaufstelle für Randständige in der Stadt.

Die aktuellen Entwicklungen lassen vermuten, dass die Bevölkerung künftig wieder mehr auf nichtstaatliche Hilfsangebote angewiesen sein wird. Ob Michel Steiner vom Schwarzen Peter, Barbara Kläsi von der Kirchlichen Gassenarbeit oder der Bereichsleiter von Obdach und Wohnen in Zürich: Sie alle nehmen eine Zunahme von Randständigen in der Bevölkerung wahr. Dabei habe vor allem zugenommen, dass die Aufsuchenden aus einer durchschnittlichen, normalen Existenz herausgefallen seien. «Heute kann bereits ein Jobverlust, eine Krankheit oder eine Trennung ausreichen, um in die Armut abzurutschen», sagt Steiner vom Schwarzen Peter.

«Immer mehr Menschen leben am Rand der Gesellschaft», beobachtet auch Karl Johannes Rechsteiner von der römisch-katholischen Kirche Bern. «Und je grösser diese Zahl ist, desto grösser wird das Engagement von Kirchen und Freiwilligen sein.» Dass sich der Staat aber nicht einfach darauf ausruhen kann, sollte allen Beteiligten klar sein.